

Eignerstrategien anpassen Regierung will Austritte von Staatsunternehmen aus der PVS verhindern

VON MICHAEL BENVENUTI

Wie das «Volksblatt» exklusiv berichtete, prüfen derzeit einzelne staatliche oder staatsnahe Unternehmen den Austritt aus der Pensionsversicherung des Staatspersonals (PVS). Die AHV ging sogar schon einen Schritt weiter: Wie AHV-Direktor Walter Kaufmann dem «Volksblatt» bestätigte, hat die Alters- und Hinterlassenenversicherung den Anschluss bei der PVS auf den Stichtag 31. Dezember 2013 gekündigt. Gestern Nachmittag trudelte die Kündigung bei der Regierung ein. Die AHV habe - wie vom Gesetzgeber vorgesehen - einen neuen Pensionsvorsorgeplan für ihre Mitarbeiter ausgearbeitet, erklärte Kaufmann. Diesem Plan hätten Belegschaft und Verwaltungsrat zugestimmt, die Kündigung sei die logische Konsequenz gewesen. Nun



Die AHV hat gestern den Anschluss an die PVS gekündigt. (Foto: Zanghellini)

werde die AHV bei verschiedenen Anbietern Offerten für diesen neuen Vorsorgeplan einholen. Auch bei der PVS, wie Kaufmann betonte.

Regierung reagiert enttäuscht

Geht es nach der Regierung, kann die AHV diese Suche wieder einstellen: Sie werde an ihrer nächsten Sit-

zung die Eignerstrategien von Staatsunternehmen dahingehend abändern, dass PVS-Austritte nicht mehr möglich sind, und diese dann dem Landtag zur Kenntnis bringen. Die Regierung reagierte sichtlich enttäuscht auf das Vorgehen der AHV-Verantwortlichen. Schliesslich habe die Regierung im Nachgang zum Landtagsbeschluss über die Sanierung der PVS die angeschlossenen Betriebe und Anstalten über die beschlossene Lösung informiert und dabei klargestellt, dass alle staatsnahen Anschlüsse in das neue Vorsorgewerk übertreten (müssen). «Aus Sicht der Regierung sind Sonderlösungen einzelner Anschlüsse auf Kosten der Steuerzahler inakzeptabel. Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit», kritisiert die Regierung das Ausscheren der AHV.